Zweiter Engagementbericht 2016

Demografischer Wandel und bürgerschaftliches Engagement:
Der Beitrag des Engagements zur lokalen Entwicklung
Zweiter Engagementbericht 2016

Demografischer Wandel und bürgerschaftliches Engagement: Der Beitrag des Engagements zur lokalen Entwicklung

Zentrale Ergebnisse

Ausarbeitung:
Prof. Dr. Thomas Klie (Vorsitzender der Zweiten Engagementberichtskommission)
Anna Wiebke Klie (Leiterin der Geschäftsstelle)
Silke Marzluff (wissenschaftliche Mitarbeiterin der Geschäftsstelle)

Geschäftsstelle des Zweiten Engagementberichts
Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung (zze)
Bugginger Straße 38
79114 Freiburg
Telefon 0761 478126-96
Fax 0761 478126-99
info@ZweiterEngagementbericht.de
Inhalt

Einleitung ........................................................................................................................................................................ 7

I. Kernaussagen des Zweiten Engagementberichts ................................................................. 10

II. Freiwilliges Engagement – Grundfragen und zentrale Themen ................................. 12
   1. Freiwilliges Engagement – Grundfragen
      1.1 Die Vielfalt von Engagement in einer zivilen Gesellschaft .............................. 12
      1.2 Ein Plädoyer für eine philosophische Betrachtung ........................................ 14
      1.3 Zur Ordnung des Engagements: Eine Theorie des öffentlichen Raums .......... 14
      1.4 Freiwilliges Engagement und sozialer Zusammenhalt unter den Bedingungen des demografischen Wandels ............................. 15
      1.5 Engagement in Zahlen ..................................................................................... 16
   2. Freiwilliges Engagement – Zentrale Themen ............................................................ 21
      2.1 Flüchtlinge und Engagement ........................................................................... 21
      2.2 Migration und Engagement ............................................................................. 22
      2.3 Exkurs: Rechtsextremismus – Die dunkle Seite der Zivilgesellschaft .......... 23
      2.4 Monetarisierung von Engagement .................................................................. 24
      2.5 Engagement und Bildung ................................................................................. 25
      2.6 Politische Partizipation und freiwilliges Engagement ....................................... 26
      2.7 Daseinsvorsorge und Engagement .................................................................. 26
      2.8 Soziale Unternehmen, Genossenschaften und Engagement ............................. 27

III. Schwerpunktteil: Lokale Politik und Engagement ........................................................ 29
   1. Bestandsaufnahme und Diskussionsstand .............................................................. 29
   2. Herausforderungen für die kommunale Ebene ....................................................... 29
      2.1 Anforderungen an eine koordinierte Engagementförderung in der Kommune ........................................................................... 30
      2.2 Engagementförderung in unterschiedlichen ländlichen und städtischen Räumen und in Ostdeutschland ........................................ 32
   3. Lokale Politik und die Rolle der Kommunen in der Daseinsvorsorge ..................... 33
   4. Strukturelle Unterschiede und Herausforderungen auf regionaler und lokaler Ebene ................................................................................................................................. 34
      4.1 Strukturmerkmale von Regionen ....................................................................... 34
      4.2 „Räumliche Gesichter“ des demografischen Wandels ...................................... 39
   5. Engagementförderung und zivilgesellschaftliche Entwicklungen in Schlüsselbereichen/Politikfeldern auf lokaler Ebene ............................................................... 41
   6. Lokale Governance, Engagement und Bürgerkommune ........................................ 42

IV. Schlussfolgerungen und Empfehlungen ......................................................................... 44

Die Mitglieder der Sachverständigenkommission des Zweiten Engagementberichts .......... 49

Abbildungs- und Tabellennachweise .................................................................................. 50
Einleitung


❙ Wie kann freiwilliges Engagement das Zusammenleben am Ort und in der Region konkret stärken?
❙ Wie kann das Konzept der Mitverantwortung im Sinne einer sorgenden Gemeinschaft durch die Förderung freiwilligen Engagements unterstützt werden, und dies vor allem mit Blick auf ein selbstbestimmtes Leben im Alter, die Förderung der Integration und die Unterstützung von Familien?
❙ Wie kann freiwilliges Engagement im Lebenslauf verstärkt werden? Wie lassen sich Hemmnisse, die einem Engagement im Wege stehen, abbauen?
❙ In welcher Weise kann Engagement zur Lebensqualität beitragen – sowohl in ländlichen Räumen als auch in Stadtregionen, die vor besonderen demografischen Herausforderungen und einem Strukturwandel stehen?

Im Rahmen des Berichtsauftrags geht der Zweite Engagementbericht insbesondere der Frage nach, welche Bedeutung den vielfältigen Formen bürgerschaftlicher Mitwirkung – vom klassischen Ehrenamt bis zur politischen Beteiligung, von der Hilfe in der Nachbarschaft bis zum

1 Der vorliegende Engagementmonitor wurde auf Grundlage der Langfassung des Zweiten Engagementberichts von Prof. Dr. Thomas Klie (Vorsitzender der Zweiten Engagementberichtskommission), Anna Wiebke Klie und Silke Marzluff (Geschäftsstelle des Zweiten Engagementberichts, zze) erarbeitet.
Einsatz für geflüchtete Menschen – für die Gestaltung des demografischen Wandels in den Städten und im ländlichen Raum zukommt. Er macht deutlich, wie Engagement auf der lokalen Handlungsebene gestärkt werden kann und welche Bedingungen notwendig sind, damit Engagement gelingen kann, und er bietet entsprechende Handlungsempfehlungen.


Am Anfang des Schwerpunktteils wird zunächst eine Bestandsaufnahme der Forschungslage und Debatten um lokale Engagementpolitik vorgenommen. Im Anschluss folgt eine Herausarbeitung der Rolle der Kommunen in der Daseinsvorsorge, bevor auf für das Engagement bedeutsame strukturelle Unterschiede und spezifische Herausforderungen auf regionaler und lokaler Ebene eingegangen wird. In einem separaten Kapitel folgt die Darstellung der unterschiedlichen „räumlichen Gesichter“ des demografischen Wandels, in dem Engagement nicht nur als Reaktion auf demografische Wandlungsprozesse verstanden wird; vielmehr werden auch die Voraussetzungen struktureller Art für Engagement und politische Beteiligung beschrieben und reflektiert. Anhand von ausgewählten, für die lokale Engagementpolitik relevanten Schlüsselbereichen/Politikfeldern auf lokaler Ebene wird sodann herausgearbeitet, dass sich staatliche Engagementförderung und zivilgesellschaftliche Entwicklungen auf sehr unterschiedliche Felder beziehen.


Im letzten Teil des Berichts stehen die Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen sowohl für eine Engagementpolitik auf Bundesebene als auch für eine Mehrebenen-Engagementpolitik zwischen Bund, Ländern und Kommunen.


Damit Engagement für alle Bevölkerungsgruppen und Regionen seine positiven Wirkungen entfalten kann, sind auf allen staatlichen Ebenen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen zu erhalten bzw. zu schaffen, die das Engagement in seiner Vielfalt und in seiner zivilgesellschaftlichen Ausrichtung fördern und stärken. Eine Engagementpolitik, die sich den regionalen und lokalen Ungleichheiten stellt, muss ihr Augenmerk vor allem auf die strukturschwachen Regionen lenken. Gerade hier zeigt sich, dass der Zusammenhalt der Bürgerinnen und Bürger und mithin ihre Engagementbereitschaft durch eine Verbundenheit mit dem Lebensort besonders ausgeprägt sein können.
I. Kernaussagen des Zweiten Engagementberichts

1. Bürgerinnen und Bürger greifen gesellschaftliche Herausforderungen aktiv auf.

2. Die Mitverantwortung der Bürgerinnen und Bürger nimmt zu und hat viele Gesichter.


4. Ein aktiver Staat und aktive Bürgerinnen und Bürger sind zwei Seiten einer Medaille.
Daten auf europäischer Ebene zeigen: In offenen Gesellschaften, in denen sich die Bevölkerung sicher fühlt, sich politisch beteiligen kann und in denen für sozialen Ausgleich Sorge getragen wird, engagieren sich mehr Bürgerinnen und Bürger. Damit fußt Engagement auch auf einem
aktiven Staat und auf Voraussetzungen, für die er Verantwortung trägt. Engagementförderliche Strukturbedingungen sind auch auf regionaler und lokaler Ebene in den Blick zu nehmen.


II.
Freiwilliges Engagement – Grundfragen und zentrale Themen

1. Freiwilliges Engagement – Grundfragen

1.1 Die Vielfalt von Engagement in einer zivilen Gesellschaft


Die unterschiedliche Ausgestaltung von Engagement wird in Spannungssachen aufgezeigt, die unterschiedliche Charakteristika des Engagements einander gegenüberstellen: Engagement zwischen ...

I. ... Freiwilligenarbeit und Mitsprache: auf der einen Seite Freiwilligenarbeit im Sinne praktischen Tuns, zum Beispiel im Sport, in der Kultur, Umwelt etc., auf der anderen Seite (demokratischer) Dialog oder Mitsprache, also ein Engagement mit einem engeren Bezug zu Politik durch Bürgerbeteiligung, Protest- oder Aushandlungsprozesse in politischen Ämtern.

II. ... Bewahrung und Innovation: einerseits Bewahrung kultureller Muster und Orientierungen, die die örtliche Gesellschaft prägen, andererseits Wandel durch Aufbruchs- und Reformbewegungen sowie Utopien gesellschaftlicher Veränderung.

III. ... informellem und organisiertem Engagement: auf der einen Seite informelles Engagement in lockeren Netzwerken mit unverbindlichen Strukturen (zum Beispiel in Nachbarschaften), auf der anderen Seite formell organisiertes Engagement in Vereinen oder Genossenschaften.
... „Wir für andere“ und „Wir für uns“: einerseits ein auf Integration und Teilhabe gerichtetes Engagement für Menschen, die von Ausgrenzung bedroht sind (ein „Brückenbauen“/englisch: bridging), andererseits ein Engagement, das sich wesentlich auf die Förderung des Zusammenhalts der eigenen gesellschaftlichen Gruppe bezieht (Bindung nach innen/englisch: bonding).

... Geselligkeit und Zweckorientierung: Das soziale Miteinander und die Pflege von Kontakten stehen einem bestimmten Zweck gegenüber, der mit dem Engagement verfolgt wird.

... selbst- und professionell organisiertem Handeln: Der Schwerpunkt des Engagements kann einerseits auf Selbstorganisation und gemeinschaftlicher Kooperation liegen, andererseits in professionalisierten Organisationen, in denen Engagierte in geordnete, professionelle Strukturen eingebunden sind.

Zwischen den dargestellten Spannungsachsen finden sich zahlreiche Mischformen. (Engagement-)Politik sollte sich auf die verschiedenen Formen des Engagements beziehen.


Die Offenheit für die Vielfalt des Engagements und ein differenziertes, wertgebundenes Verständnis von Zivilgesellschaft finden sich auch in den Empfehlungen der Kommission an die Politik: Mit Blick auf unzivile Formen des Engagements sind nach Auffassung der Kommission klare Regeln und Grenzziehungen notwendig.

1.2 Ein Plädoyer für eine philosophische Betrachtung


1.3 Zur Ordnung des Engagements: Eine Theorie des öffentlichen Raums


Mit ihrem Engagement leisten Bürgerinnen und Bürger freiwillig und souverän einen gemeinwohlorientierten Beitrag zur Gestaltung des öffentlichen Raums. Im Verständnis von Hannah Arendt (Vita activa oder Vom tätigen Leben) ist dies ein Handlungsraum jenseits des privaten Umfelds, in dem Staat, Markt und Zivilgesellschaft unter den Bedingungen der staatlichen Ordnung zusammen handeln, zusammenarbeiten und Konflikte austragen. Engagement bewegt sich als freiwilliges Tun zwischen selbstbestimmter Privatheit und staatlichem Handeln. In beide Bereiche hinein und mit beiden verwoben entsteht, entwickelt sich und wirkt die Zivilgesellschaft, hier verstanden als gesellschaftlicher („Dritter“) Sektor. Um eine Ordnung des Engagements zu formulieren und dafür eine Theorie des öffentlichen Raums zu entwickeln, bieten die Merkmale sozialer Ordnung die bedeutsamen allgemeinen und verbindenden Ansatzpunkte: Selbstermächtigung des Menschen und unveräußerliche Menschenrechte, Herrschaft des Rechts und
Volkssouveränität, repräsentative Demokratie und Gewaltenteilung, Privateigentum und Vertragsfreiheit, Haftung und Regelgerechtigkeit.

1.4 Freiwilliges Engagement und sozialer Zusammenhalt unter den Bedingungen des demografischen Wandels


Die elektronischen bzw. (internetgestützten) digitalen Medien schaffen Chancen und Risiken für Engagement und Teilhabe. Mit ihnen kann der Zugang zu und die Teilnahme an vielfältigen Engagementformen unterstützt werden. Eine schnellere Kommunikation, überregionale Vernetzung und Mobilisierung für spontane, anlassbezogene Initiativen (etwa im Katastrophenhochschutz und in der Flüchtlingshilfe) werden erleichtert. Dadurch können neue Formen kurzfristiger Hilfs-

1.5 Engagement in Zahlen


Die analysierten empirischen Daten aus unterschiedlichen Studien zeigen in ihrer Gesamtheit folgende allgemeine Trends auf: 3

- In den westdeutschen Bundesländern engagieren sich mehr Menschen als in den ostdeutschen Ländern (Tabelle 1).
- Frauen sind weiterhin etwas weniger engagiert als Männer (Tabelle 2) und in anderen Engagementfeldern zu finden (Tabelle 3). Zudem übernehmen Frauen seltener Leitungsfunktionen als Männer. Im „informellen“ Nahbereich der Hilfe und Unterstützung sind Frauen hingegen etwas häufiger aktiv als Männer.


Engagement im ländlichen Umfeld ist stärker ausgeprägt als in Großstädten (Tabelle 4). Dabei ist neben der Siedlungsstruktur auch das sozioökonomische Umfeld relevant, das sich durch Aspekte wie Arbeitslosenanteil oder Wirtschaftskraft jeweils unterschiedlich gestaltet.

Die Organisationsformen des Engagements haben sich nicht grundsätzlich verändert. Engagement findet weiterhin vor allem in Vereinen, Verbänden oder kirchlichen/religiösen Gruppen statt. Zudem wurden in den vergangenen Jahren häufiger Stiftungen, gemeinnützige Gesellschaften mit beschränkter Haftung (gGmbHs) und Genossenschaften gegründet.

---

Abbildung 1: Aktive (wenigstens einmal im Halbjahr) und Ehrenamtliche in unterschiedlichen Altersgruppen


Abbildung 2: Ehrenamtliche ab 50 Jahren in den Jahren 2000 und 2014


Während der engere Kreis der Engagierten mit Amt oder fester Aufgabe (24 Prozent) und der weitere Kreis der Helfenden (22 Prozent) in Westdeutschland etwa den gleichen Umfang haben, ist in Ostdeutschland der engere Kreis der Engagierten mit 15 Prozent kleiner als der Kreis der Helfenden und Unterstützenden (25 Prozent).

Tabelle 2: Frauen engagieren sich weniger häufig und weniger fest als Männer

<table>
<thead>
<tr>
<th>Anteil der Engagierten</th>
<th>Bevölkerung insgesamt</th>
<th>Männer</th>
<th>Frauen</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Es sind bürgerschaftlich engagiert (weitester Kreis, einschließlich gelegentlicher Helferinnen und Helfer)</td>
<td>45</td>
<td>49</td>
<td>41</td>
</tr>
<tr>
<td>darunter: mit Amt oder fester Aufgabe</td>
<td>22</td>
<td>26</td>
<td>19</td>
</tr>
<tr>
<td>übrige Engagierte</td>
<td>23</td>
<td>23</td>
<td>22</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Quelle: IfD Allensbach 2013: 8. Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahren.

Aktuelle Studien zeigen, dass sich Frauen derzeit insgesamt noch immer weniger häufig als Männer engagieren.5 Dabei bilden sich die Unterschiede vor allem im engeren Kreis der stärker Eingebundenen und der regelmäßig Aktiven aus: Frauen übernehmen mit 19 Prozent seltener Ehrenämter und feste Aufgaben beim Engagement als Männer (26 Prozent). Dagegen sind die Anteile der weniger fest eingebundenen Helferinnen und Helfer unter Frauen und Männern mit 22 bzw. 23 Prozent etwa gleich groß (Tabelle 2).

5 Zu berücksichtigen sind mögliche Zufallsschwankungen.
Tabelle 3: Bereiche, in denen Männer und Frauen aktiv sind

<table>
<thead>
<tr>
<th>Es engagieren sich im Bereich:</th>
<th>Bevölkerung insgesamt</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td></td>
<td>Männer %</td>
</tr>
<tr>
<td>Sport</td>
<td>23</td>
</tr>
<tr>
<td>Unfall- oder Rettungsdienst (z. B. freiwillige Feuerwehr oder DLRG)</td>
<td>11</td>
</tr>
<tr>
<td>Bürgerschaftliche Aktivitäten am Wohnort</td>
<td>10</td>
</tr>
<tr>
<td>Politik</td>
<td>9</td>
</tr>
<tr>
<td>Gewerkschaften, Berufsverbände, Arbeitsloseninitiativen</td>
<td>5</td>
</tr>
<tr>
<td>Kirche oder Religion</td>
<td>7</td>
</tr>
<tr>
<td>Gesundheit oder Soziales</td>
<td>5</td>
</tr>
<tr>
<td>Schule oder Kindergarten</td>
<td>4</td>
</tr>
</tbody>
</table>


Abbildung 3: Engagement von Personen mit Migrationshintergrund

Im Freiwilligensurvey 2014 werden nach der persönlichen Migrationserfahrung sowie der deutschen Staatsbürgerschaft vier Migrationsgruppen unterschieden (Abbildung 3): Von den Migrantinnen und Migranten, die noch im Ausland geboren wurden und die nicht die deutsche Staats-
bürgerschaft besitzen, engagieren sich nur 22 Prozent; zudem sind nur wenige von ihnen gesellschaftlich auf eine andere Weise aktiv. Von jenen selbst Zugewanderten, die inzwischen die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, engagieren sich 26 Prozent. In Deutschland geborene Angehörige der zweiten oder dritten Generation sind dann bereits weitaus häufiger beteiligt: Von jenen, die nicht auch schon Staatsangehörige sind, 31 Prozent, von jenen, die zudem über die deutsche Staatsbürgerschaft verfügen, bereits 43 Prozent, also kaum weniger als im Durchschnitt der Gesamtbevölkerung (44 Prozent).

Tabelle 4: Mehr Engagierte im ländlichen Umfeld

<table>
<thead>
<tr>
<th>Anteil der Engagierten</th>
<th>Bevölkerung insgesamt</th>
<th>Wohnregion</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td></td>
<td>%</td>
<td>%</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>%</td>
<td>%</td>
</tr>
<tr>
<td>Es sind bürgerschaftlich engagiert (weitester Kreis, einschließlich gelegentlicher Helferinnen und Helfer)</td>
<td>45</td>
<td>44</td>
</tr>
<tr>
<td>darunter: mit Amt oder fester Aufgabe</td>
<td>22</td>
<td>23</td>
</tr>
<tr>
<td>übrige Engagierte</td>
<td>23</td>
<td>21</td>
</tr>
</tbody>
</table>


2. Freiwilliges Engagement – Zentrale Themen

2.1 Flüchtlinge und Engagement

Die Ankunft der vielen geflüchteten Menschen scheint das Land zu polarisieren.


2.2 Migration und Engagement


2.3 Exkurs: Rechtsextremismus – Die dunkle Seite der Zivilgesellschaft

Alle Fragen des Engagements und der Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern, der Unterbringung und der Betreuung von geflüchteten Menschen sind unmittelbar verknüpft mit vorhandenen Vorurteilen, Diskriminierungen und schlimmstenfalls rassistisch motivierten Gewaltanwendungen gegenüber Migrantinnen und Migranten.


In Wissenschaft und Praxis konnten Erfolgsfaktoren bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus identifiziert werden.

---

7 Patriotic Europeans against the Islamification of the Occident.
Wie sich die Arbeit gegen Rechtsextremismus stärken lässt:

- Entwicklung eines umfassenden Handlungskonzepts, das die Ursachen der rechtsextremen und rechtspopulistischen Erfolge sowie alle Formen von Diskriminierung untersucht.
- Nachhaltige (finanzielle) Sicherung einer zivilgesellschaftlichen regionalen Infrastruktur, die Kompetenzzentren, Vernetzungseinrichtungen, Beratungsnetzwerke und Opferberatungsstellen umfasst.
- Entbürokratisierung der Förderlandschaft, damit auch kleine zivilgesellschaftliche Initiativen profitieren können.
- Lokale Kooperationen und breite Bündnisse gegen rechtsextreme Aktivitäten von demokratischen Parteien, Behörden und Verwaltung, Polizei, zivilgesellschaftlichen Initiativen, religiösen Institutionen, Migrantinnen- und Migrantenorganisationen und Gewerkschaften.
- Eindeutige Positionierung demokratischer Parteien und lokalpolitisch Verantwortlicher zum Umgang mit extremen Rechten.
- Frühzeitige Thematisierung und vorausschauende Bearbeitung lokaler Problemlagen und vorhandener Sorgen von Bürgerinnen und Bürgern.

2.4 Monetarisierung von Engagement


Aus Sicht der Kommission sind vier zentrale Fragen zu beantworten:
1. Wie lassen sich Engagement und Erwerbsarbeit voneinander abgrenzen?
2. Wie wirken sich wirtschaftliche Erwägungen auf ehrenamtliches/freiwilliges Engagement aus?
3. Wie wird die Gewährleistungspflicht für verschiedene Aufgaben der Daseinsvorsorge einge­­lös­­t?
4. Wie ist mit der zunehmenden Einbeziehung freiwilliger – auch bezahlter – Engagements durch den steigenden Kostendruck in Wohlfahrtsverbänden umzugehen?

2.5 Engagement und Bildung


Wenn es gelingt, kommunale Bildungslandschaften zu schaffen, die unterschiedliche Bildungsorte und -institutionen im Sozialraum systematisch vernetzen und Menschen aller Lebensalter bessere Bildungsbedingungen und -möglichkeiten bieten, wird Bildung zu einem zentralen Faktor örtlicher Engagementpolitik.
2.6 Politische Partizipation und freiwilliges Engagement


2.7 Daseinsvorsorge und Engagement

In der lokalen Politik spielt die Daseinsvorsorge als Aufgabe der Kommunen eine zentrale Rolle. Unter Daseinsvorsorge werden ganz allgemein die öffentlichen Güter und Dienstleistungen verstanden, die dem Gemeinwohl und der Lebensentfaltung der Menschen dienen, also einem guten Leben vor Ort.


Die Bedeutung des Engagements für die kommunale Daseinsvorsorge ist in einer nach Größe der Kommunen und finanzieller Leistungsfähigkeit differenzierten Weise zu beleuchten und in unterschiedlicher Weise zu bewerten. Zudem sollte die Rolle freiwilligen Engagements für die Sicherung der Daseinsvorsorge künftig verstärkt in kommunalpolitische Aushandlungs- und Beteiligungsprozesse einbezogen und dabei sollten sowohl die Chancen als auch die Risiken und Grenzen in den Blick genommen werden.

### 2.8 Soziale Unternehmen, Genossenschaften und Engagement

Vielerorts finden sich neue Formen sozialwirtschaftlicher Initiativen und Konzepte, die unter den Stichwörtern „Soziale Unternehmen“ und „Genossenschaften“ diskutiert werden.

Der Begriff des **Sozialunternehmertums** wird dabei zum sprachlichen Sammelbecken für rechtlich und organisatorisch sehr verschieden gestaltete, häufig gemischte Strukturen von Organisationen und Unternehmungen. Sozialunternehmertum widmet sich höch unterschiedlichen Themen wie Armutsbekämpfung, Gesundheit oder Klimawandel. Dabei pendeln die unternehmerischen Ansätze im Dritten Sektor zwischen dem Versuch, Wirtschaft sozialer zu denken und zugleich die Logik der Marktwirtschaft auf den Dritten Sektor anzuwenden. Häufig steht der soziale Mehrwert und nicht die eigene Gewinnabsicht im Mittelpunkt.


III.
Schwerpunktteil: Lokale Politik und Engagement

1. Bestandsaufnahme und Diskussionsstand


In der Kommune bzw. im lokalen Raum finden rund 80 Prozent des Engagements statt. Die Förderung freiwilligen Engagements hat sich auf lokaler Ebene als eigenständiges kommunales Handlungsfeld durchgesetzt. Die Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement werden in vielen Engagementfeldern, auch jenseits der unmittelbaren Infrastrukturförderung, durch Bund und Länder (mit) verantwortet.

Das Handlungsfeld lokaler Engagementförderung ist komplex: Es beschränkt sich nicht allein auf die unmittelbar kommunalpolitischen Aufgaben, sondern muss die unterschiedlichen föderalen Ebenen und feldspezifischen Bereiche (Schlüsselbereiche des Engagements) berücksichtigen.

2. Herausforderungen für die kommunale Ebene


Fehlende Kontinuität: Eine zentrale Herausforderung für die Integration bundespolitischer Initiativen im Bereich der Engagementförderung ist die schwierige finanzielle Lage vieler Kommunen. Die Logik der Modellförderung und die ihr innewohnende zeitliche Befristung bei der Finanzierung von Angeboten und Einrichtungen birgt die Gefahr, dass diese finanziell nicht nachhaltig über den Förderzeitraum hinaus abgesichert sind bzw. die Arbeit nach deren Beendigung wieder eingestellt wird. Wenn soeben noch als „Leuchttürme“ geförderte Projekte nach Ablauf der Förderung zu „Ruinen“ werden, stellt das den Sinn der Modellprogramme prinzipiell infrage.


2.1 Anforderungen an eine koordinierte Engagementförderung in der Kommune


2.1.1 Koordination innerhalb der Verwaltung

Eine integrierte bzw. koordinierte kommunale Förderstrategie ist nur mit einem aufeinander abgestimmten Handeln der Kommunalverwaltung sinnvoll. Empfohlen wird in diesem Zusam-

2.1.2 Vernetzung und Bündelung

2.1.3 Partizipative kommunale Förderstrategien

2.1.4 Vereinsförderung als Engagementförderung
2.2 Engagementförderung in unterschiedlichen ländlichen und städtischen Räumen und in Ostdeutschland

2.2.1 Engagementförderung im ländlichen Raum

Vorgeschlagene Maßnahmen zur Förderung freiwilligen Engagements im ländlichen Raum unterscheiden sich in weiten Teilen grundsätzlich nicht von denen, die auch für andere kommunale Zusammenhänge formuliert werden:
- eine Anerkennungskultur fördern;
- Institutionen der Engagementförderung einrichten und unterstützen;
- Informationsangebote zu Ehrenamt und freiwilligem Engagement verbessern;
- Fachkräfte schulen;
- lokale Wirtschaftsunternehmen einbinden;
- Bürgerinnen und Bürger an kommunalen Entscheidungsprozessen beteiligen.

2.2.2 Engagementförderung in städtischen Räumen

2.2.3 Engagementförderung in Ostdeutschland
Freiwilliges Engagement bzw. zivilgesellschaftliche Organisationen können eine wichtige Ressource für die Bewältigung verschiedener Probleme in den ostdeutschen Bundesländern sein, etwa um öffentliche Infrastrukturen in ländlichen Regionen mit starkem Bevölkerungsrückgang aufrechtzuerhalten oder um Rechtsextremismus zu bekämpfen.

3. Lokale Politik und die Rolle der Kommunen in der Daseinsvorsorge

Um die Herausforderungen für die „lokale Politik“ im demografischen Wandel zu bewältigen, sind die unterschiedlichen kommunalen Ebenen (Städte/Kreise, Gemeinden, sublokale Einheiten wie Quartiere und Ortsteile) zu berücksichtigen. Es gilt, ein differenziertes Verständnis von lokaler Politik mit den unterschiedlichen Handlungsformen und Rollen der Kommunen zu entfalten. Diese weite Definition umfasst jenseits der Parteipolitik auch gesellschaftliche Netzwerke, Assoziationen und Interessenverbände.


Den gesetzlichen Pflichtaufgaben (zum Beispiel in der Sozialhilfe, Abwasserversorgung, Verkehrssicherheit) werden sogenannte freiwillige Aufgaben gegenübergestellt. Diese zeigen sich etwa in der Infrastrukturförderung für Mehrgenerationenhäuser und kulturelle Einrichtungen oder in der Engagementpolitik. Hier kommen die Autonomie und Selbstverwaltung von Kommunen zum Ausdruck. Durch eine erfolgreiche Umsetzung freiwilliger Aufgaben, wie die Verwirklichung vorbeugender kommunaler Gesundheitsprojekte oder stadttelbezogener Jugendar-

beit, können soziale Problemlagen verringert und damit Kosten im Bereich der Pflichtaufgaben reduziert werden. Bei angespannter Haushaltslage werden häufig die sogenannten freiwilligen Aufgaben gestrichen oder infrage gestellt.


4. Strukturelle Unterschiede und Herausforderungen auf regionaler und lokaler Ebene

4.1 Strukturmerkmale von Regionen


Zu den wesentlichen Ressourcen und Bedingungen in den Regionen, die für die Entwicklung und Wirksamkeit von Engagement bedeutsam sind, zählen die

- Einkommenssituation und Armutsgefährdung,
- Wirtschaftsstruktur und Beschäftigung,
- Dynamik der demografischen Entwicklung,
- Wahlbeteiligung und politische Partizipation sowie
- Ausstattung mit engagementfördernder Infrastruktur.

Gerade an den Außengrenzen Deutschlands gelegene Regionen mit starken strukturellen Defiziten haben mit einer Bündelung von Herausforderungen zu kämpfen. Hiervon sind mehrheitlich ostdeutsche Regionen, aber auch einige strukturschwächere Gegenden Westdeutschlands betroffen, in denen die Wirtschaftskraft niedriger sowie die sozioökonomische Lage der Bevölkerung schlechter ist.


Aus den dargelegten Unterschieden und ihren Bestimmungsfaktoren kann allerdings nicht geschlossen werden, dass damit das Engagementprofil der Regionen endgültig feststeht und unveränderlich ist. Auch in Regionen mit derzeit unterdurchschnittlichen Engagementquoten gibt es einen beachtlichen Anteil an Landkreisen, die sehr gute Ansätze für mehr freiwilliges Engagement aufweisen.

4.1.1 Einkommenssituation und Armutsgefährdung


Da sich Wohlstand positiv und eine hohe Arbeitslosigkeit negativ auf Engagementquoten in den Regionen auswirkt, sind diese Aspekte im Rahmen einer strategischen Engagementpolitik ernst zu nehmen.
4.1.2 Wirtschaftsstruktur und Beschäftigung

Die Frage nach den ökonomischen Entwicklungspotenzialen verbindet sich in besonderer Weise mit der Arbeitsmarktlage, denn die Dynamik der Beschäftigungsentwicklung ist an einen günstigen Mix von Standortfaktoren gebunden: Wirtschaftsstruktur, Infrastruktur, Kaufkraft etc.


Es zeigt sich, dass die ostdeutschen Regionen vom demografischen Wandel besonders betroffen sind.

4.1.3 Demografische Dynamiken


4.1.4 Demografische Strukturen und Trends

Bis 2030 wird sich die Bevölkerung in Deutschland weiter leicht verringern. Während die demografische Entwicklung in den westdeutschen Bundesländern relativ stabil verläuft, werden die ostdeutschen Regionen fast zehn Prozent der Bevölkerung verlieren.


sich auch soziale Netze aus. Vor allem in den neuen Ländern wird sich das zahlenmäßige Verhältnis zwischen den Generationen stark verändern. Dort steigt die Zahl der zu pflegenden Menschen zwar unterdurchschnittlich an, aber die Zahl der potenziell Pflege leistenden Personen nimmt um fast ein Viertel ab. Wie in der Vergangenheit auch, werden die größten Bevölkerungsrückgänge in den kleineren und peripheren Gemeinden auftreten und es wird Unterschiede zwischen den Regionen geben.


4.1.5 Wahlbeteiligung und politische Partizipation


Nicht die gesamte Bevölkerung hat sich jedoch in gleicher Weise zurückgezogen. Vor allem Bürgerinnen und Bürger mit niedrigem Bildungsniveau und geringem Einkommen nehmen nicht mehr an Wahlen teil. Es sind eher die reicheren Bundesländer, in denen die Bevölkerung wählen geht, während in den ärmeren Bundesländern immer seltener gewählt wird.

Seit den 1990er-Jahren bestehen in allen Bundesländern Optionen für Referenden auf lokaler und regionaler Ebene (Bürger-/Volksbegehren und Bürger-/Volksentscheide). Die Beteiligung bei Bürgerentscheiden ist meist abhängig vom jeweiligen Thema sowie der Gemeindegröße. Die Beteiligung an Abstimmungen ist in jenen Gegenden am größten, die von kleineren Kommunen geprägt sind, und fällt in Großstädten am geringsten aus.

4.1.6 Engagementniveaus in den Bundesländern und Stadt-Land-Regionen


Personen im ländlichen Raum engagieren sich stärker als Menschen, die im städtischen Raum leben. Der Stadt-Land-Gegensatz in den Engagementquoten wird unter anderem mit einer stärkeren Bedeutung des Engagements für die soziale Integration sowie einem höheren Bedarf in ländlichen Räumen erklärt und auf die Konkurrenz mit (kommerziellen) freizeitkulturellen Angeboten in Städten zurückgeführt.


4.1.7 Institutionen der Engagementförderung

Auffällig sind das Nebeneinander unterschiedlicher Förderstrukturen, die örtliche und regionale Ballung sowie eine geringe Anzahl von Einrichtungen zur Engagementförderung in dünn besiedelten ländlichen Regionen. Insgesamt kann keineswegs davon gesprochen werden, dass es auf Bundes-, Landes- oder kommunaler Ebene ein Konzept für eine gemeinsame strategische Infrastrukturförderung gäbe.

Die weit verbreiteten sozialraumorientierten Ansätze, die auch der Förderung von Engagement und des sozialen Miteinanders dienen, wurden nicht in die Erhebung des Engagementatlas einbezogen. Genau diese aber sind in der Lage, auf lokale und vor allem kleinräumige Besonderheiten einzugehen: Gerade sie können vielfältige Engagementformen berücksichtigen und vor allem Personengruppen ausmachen, die bislang keinen Zugang zum Engagement gefunden haben.


4.2 „Räumliche Gesichter“ des demografischen Wandels


Engagement ist ein geeignetes Mittel, um sich in einer neuen Umgebung zu vernetzen und heimisch zu werden. Örtliche Vereine und Initiativen, Kindergärten, Schulen, Freizeitheime etc. bieten zum Beispiel für junge zugezogene Familien zahlreiche Möglichkeiten, sich in die Gesellschaft einzubringen und neue soziale Kontakte aufzubauen. Dabei ist ein gutes Zusammenwirken von hauptamtlichen Kräften und Engagierten sowohl in der Quartiers- als auch in der Dorfentwicklung wichtig.

4.2.1 Engagement in sozialräumlich benachteiligten städtischen Quartieren


Empirische Studien bestätigen die Bedeutung des Engagements für die Entwicklung der sozialräumlich benachteiligten Quartiere. Engagement im Quartier ist darauf ausgerichtet, für ein nachbarschaftliches Miteinander zu sorgen, bessere Bildungschancen zu schaffen sowie Migrantinnen und Migranten zu beteiligen und zu integrieren. Engagementförderung findet häufig in Form von individueller Begleitung und Unterstützung statt. Insgesamt spielen für die Stärkung des Engagements und der Identifikation mit dem Quartier die Vernetzung und Kooperation mit bildungs- und engagementfördernden Einrichtungen und die Einbindung in die gesamtstädtische Politik eine zentrale Rolle.

4.2.2 Engagement in peripheren ländlichen Räumen


Bürgerschaftlich getragene Aktivitäten können vor allem in kleinen Gemeinden den entscheidenden Unterschied zwischen Entwicklung und Stagnation machen. Es werden sich nur jene betroffenen Dörfer stabilisieren, in denen aktive Bewohnerinnen und Bewohner für attraktive Lebensbedingungen sorgen. Die entscheidende Frage für die Zukunft der peripheren Dörfer ist jedoch, ob es gelingt, mit den strukturellen Veränderungen umzugehen und neue, tragfähige Lösungen für die Gestaltung der eigenen Lebensqualität zu finden.
5. Engagementförderung und zivilgesellschaftliche Entwicklungen in Schlüsselbereichen/Politikfeldern auf lokaler Ebene

Die Zweite Engagementberichtskommission macht auf kommunaler Ebene besonders auf bedeutsame Schlüsselbereiche des Engagements aufmerksam, die in engem Zusammenhang mit der Sicherung der Daseinsvorsorge stehen:


Der Bereich **Klima und Energie** hat auch im Zusammenhang mit politischer Beteiligung und mit Formen genossenschaftlicher Organisation an Bedeutung gewonnen. Das Themenfeld zeichnet sich durch Selbstorganisationen aus, zum Beispiel für alternative Konsummuster oder neue Wege der Energiegewinnung, durch öffentliche Auseinandersetzungen und Protest gegen geplante staatliche Baumaßnahmen sowie neue Formen der Bürgerbeteiligung – durchaus als Resultat öffentlichen Protests.

Die Herausforderung für lokale Engagementpolitik in diesem Bereich wird es sein, innovative Anstöße und Projekte zu fördern und gleichzeitig eine Dialogorientierung bei institutionisierten Beteiligungsformen voranzubringen.

Der **Katastrophenschutz** wird traditionell ehrenamtlich wahrgenommen. Hier stehen vor allem die freiwilligen Feuerwehren unter Druck. Sie müssen neue Zielgruppen wie Frauen, ältere Menschen und Menschen mit Migrationshintergrund gewinnen, um diese kommunale Pflichtaufgabe zu erfüllen. Gleichzeitig sind die einzelnen Hilfs- und Rettungsorganisationen gefordert, sich weiterzuentwickeln, neue Formen projektbezogenen, befristeten Engagements zu integrieren und ihre Aktivitäten auf kommunaler Ebene stärker zu vernetzen.


6. Lokale Governance, Engagement und Bürgerkommune


Abbildung 4: Das Leitbild der Bürgerkommune

IV. Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Im Folgenden werden ausgewählte zentrale Ergebnisse und Empfehlungen des Zweiten Engagementberichts wiedergegeben.

Die Vielfalt von Engagement in einer zivilen Gesellschaft anerkennen

Anforderungen an eine Empirie eines vielfältigen Engagements

❙ Empirische Ermittlungen des Engagements sowie Bewertungen entsprechender Studien sollten methodologischen Gesichtspunkten, den genutzten Indikatoren, den Erhebungsmethoden, aber auch der Repräsentativität der Befragung verstärkte Aufmerksamkeit widmen.
❙ Auch die regionalen und nationalen Ausprägungen und Traditionen des Engagements sollten erforscht werden. Für eine gezielte lokale Engagementpolitik werden planungsrelevante Daten und verlässliche Informationen auf regionaler und kommunaler Ebene benötigt.
❙ Über die finanziellen Dimensionen der Engagementförderung ist noch zu wenig bekannt. Ausmaß, Schwerpunkte und Wirkungen der Förderung sollten erforscht werden. Dies gilt vor allem für die Effekte der steuerlichen Vergünstigungen im Rahmen der Übungsleiter- und Ehrenamtspauschale unter Einbezug der Daten der Finanzverwaltung.

Den demografischen Wandel als sozialen Wandel verstehen und gestalten
❙ Vor allem Gemeinden im ländlich-peripheren Raum benötigen mit Blick auf Mentalitäten, Sozial- und Infrastrukturen bei der Förderung von Engagement eine familienfreundliche, generationenübergreifende Agenda, die der Unterstützung der Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Politik bedarf.
Trotz und gerade wegen ihrer schwierigen Finanzlage sollten Kommunen die Engagementförderung vorantreiben und sich gegenüber neuen Ideen und Angebotsformen öffnen, um Infrastruktur- und Versorgungsgläcken entgegenzuwirken. Dafür notwendig ist eine intelligente bundes- und landespolitische Flankierung im Rahmen des kooperativen Föderalismus.


Konflikt und Einvernehmen: Herausforderungen im Engagement für Flüchtlinge und Asylsuchende kooperativ bearbeiten


Engagement von Personen mit Migrationshintergrund: Differenziert wahrnehmen und würdigen

Das vielfältige Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund muss mehr als bisher in seiner ganzen Breite wahrgenommen und respektiert werden. Die Politik sollte gezielt solche Engagementformen fördern, die sich durch Merkmale der Integration und Unterstützung auszeichnen und sich mit ihrem gesellschaftlichen Umfeld aktiv auseinandersetzen. Stärker gefördert werden sollte auch das gemeinsame Engagement von Personen mit und ohne Migrationshintergrund. Mehr Aufmerksamkeit braucht die Frage, wie sich bestehende statische Strukturen für die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund wandeln und flexibilisieren lassen.

Monetarisierung freiwilligen Engagements: Notwendige Klärungen

Traditionen und Trends von Formen der Monetarisierung freiwilligen Engagements erfordern die Aufstellung einer Ordnung, die einen transparenten Umgang mit Geld und geldwerten Vorteilen in der Förderung ermöglicht. Dies gilt nicht zuletzt mit Blick auf die Einführung des Mindestlohns und Fragen der Arbeitnehmerüberlassung. Das Wissen über Formen der Monetarisierung ist keineswegs belastbar. Vor allem die Datenlage zum Umfang und zur Wirkung von Monetarisierung auf Lebenslagen, Regionen und Engagementfelder muss dringend verbessert werden. Das gilt auch für die Übungsleiterpauschale.

Bildung: Für und durch Engagement

Bildung ist ein Schlüsselfaktor für Engagement. Um das Engagement im Bildungsbereich zu stärken, sollten Schulen zu kooperativen Einrichtungen werden. Sie sind vielerorts auf dem Weg, sich über ihre traditionelle Funktion als öffentliche Einrichtung hinaus zu gemeinschaftsbildenden-
den Foren weiterzuentwickeln. Hierzu bedarf es größerer Spielräume bei der Selbstverwaltung
der Schulen und einer Öffnung der Schule nach „innen“ – durch eine stärkere Mitgestaltung und
-verantwortung der Schülerinnen und Schüler – und nach „außen“ – durch Partnerschaften mit
Vereinen, sozialen Einrichtungen oder Stadtteilinitiativen.
Bildung für und durch Engagement sollte in der öffentlichen und fachlichen Bildungsdiskussion
einen größeren Stellenwert bekommen.

Partizipation und Engagement: Zwei Bereiche mit vielen Berührungspunkten
Politische Partizipation und freiwilliges Engagement haben viele Berührungspunkte. Werden
effektive und transparente Beteiligungsangebote bereitgestellt, die zur politischen Willensbildung
und Entscheidungsfindung beitragen, wirkt sich dies positiv auf freiwilliges Engagement aus. Mit
Verbindlichkeit ausgestattete Beteiligungsformen sollten deshalb gestärkt werden, um freiwilliges
Engagement in weiten Teilen der Bevölkerung zu fördern und politische Beteiligung in der Bevöl-
kerung (mehr) zu verankern.
Dialogorientierte Beteiligungsangebote mit brückenbauendem Charakter helfen überdies Pola-
risierungen zwischen Personen(-gruppen) sowie Ausgrenzungen im Gemeinwesen entgegenzu-
wirken und Sozialkapital aufzubauen.

Daseinsvorsorge und Engagement: Befähigung zur Selbstgestaltung
Formen und Art staatlicher und kommunaler Daseinsvorsorge sollten das Ziel verfolgen,
allen Mitgliedern der Gesellschaft ein gutes Leben, Selbstbestimmung und Teilhabe zu ermög-
lchen. Für die Bewerkstelligung ihrer Aufgaben in der Koproduktion von Daseinsvorsorge
(Management, Vernetzung, Ermöglichung) benötigen die Kommunen mehr Kompetenzen,
Begleitung, Beratung sowie adäquate rechtliche, finanzielle und institutionelle Rahmenbedin-
gungen.
Die finanziellen Handlungsspielräume der Kommunen sollten durch ein gemeinschaftlich von
Bund, Ländern und Gemeinden finanziertes Daseinsvorsorge-Programm in strukturschwachen
Regionen erweitert werden. Dabei ist der wichtige Beitrag des Engagements für die kommunale
Daseinsvorsorge zu berücksichtigen, ohne die Pflichtaufgaben in der Daseinsvorsorge infrage zu
stellen. Vor allem quartiers- bzw. ortsteilbezogene sowie integrative Förderprogramme (Städte-
bauförderung, ländliche Entwicklung) sollten stärker auf die Sicherung und das Management der
Daseinsvorsorge sowie die Förderung des Engagements für die Lebensqualität ausgerichtet werden.

Soziale Unternehmen und Genossenschaften: Mit Engagement wirtschaften
Mit Blick auf die wirtschaftliche Bedeutung von Engagement sollten in der Engagementpolitik
und -förderung traditionelle und neue Formen des gemeinnützigen Wirtschaftens berücksich-
tigt werden, bei denen sich soziale, ökologische und erwerbswirtschaftliche Ziele mit gemein-
schaftlichem und solidarischem Engagement verbinden. Erforderlich ist eine stärkere Öffnung
des institutionellen Umfelds und des rechtlichen Rahmens für innovative Ansätze. Bundes- und
Landesgesetzgebaren wird empfohlen, die Entwicklung, Begleitung und Förderung selbstorgani-
sierter Strukturen gemeinnützigen Wirtschaftens und sozialunternehmerischer Initiativen als
kommunale Aufgabe zu unterstützen und festzuschreiben.
Engagement und seine Förderung: Neue Formen des Regierens und Verwaltens

- Lokale Engagementpolitik zur Förderung, Nutzung und Anerkennung von Engagement sollte sich mit einer neuen lokalen Kultur des Regierens und Verwaltens (Governance) verbinden. Nicht zuletzt aufgrund der Flüchtlingsdynamik steht die kommunale Politik vor der Aufgabe, neue Umgangsformen mit dem Engagement der Bürgerinnen und Bürger zu finden und das Engagement vom Rand in die Kernbereiche der politischen Abstimmungsprozesse und der lokalen Daseinsvorsorge zu rücken.

- Gefragt ist eine neue Verantwortungsteilung zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Politik und Verwaltung, aber auch mit Akteuren aus dem Unternehmensbereich. Es ist deshalb unerlässlich, die Fragen des Engagements mit Formen der Mitsprache und einer auch auf Engagement stützenden Gestaltung von Aufgaben der Daseinsvorsorge zu verknüpfen.

Engagement und Sicherung der Mobilität: Auf dem Weg zu intelligenten Systemen

Vor allem in strukturschwachen ländlichen Bereichen werden bürgerschaftlich (mit-)organisierte Mobilitätsangebote zu einem zentralen Baustein einer bürgernahen Mobilitätspolitik. Um sie zu ermöglichen, sind rechtliche, finanzielle und organisatorische Hemmnisse auf bundes- und landesrechtlicher Ebene abzubauen.


Klima- und Energiepolitik: Mit den Bürgerinnen und Bürgern


Katastrophenschutz: Neue Kooperationen und Innovationspotenziale

Die Organisationen im Katastrophen- und Brandschutz sowie in den Rettungsdiensten stehen unter Anpassungsdruck und müssen sich jeweils auf die veränderten, regional unterschiedlich ausgeprägten Rahmenbedingungen auf gesamtverbandlicher und lokaler Ebene einstellen. Die Dienste sollten sich für neue Zielgruppen öffnen, sich mit ihrer Verbandskultur auseinandersetzen, vermehrt mit anderen Hilfsorganisationen kooperieren und sich auf kommunaler und regionaler Ebene besser vernetzen.
Darüber hinaus wird es künftig notwendig sein, die Bevölkerung in Katastrophenenschutzkonzepte stärker einzubeziehen, um Schadenslagen angemessen zu bewältigen sowie Menschen für Gefahrenlagen zu sensibilisieren und ihre Selbsthilfekompetenz zu stärken.

**Engagement und Selbsthilfe: Unverzichtbar für das Gesundheitssystem**

**Pflege und Sorgearbeit: Vor Ort verantworten**

**Lokale Kulturpolitik: Kreative Ressourcen vor Ort nutzen**

**Potenziale der Sportvereine: Erkennen, weiterentwickeln, nutzen**
Die Mitglieder der Sachverständigenkommission des Zweiten Engagementberichts

Prof. Dr. Daniela Birkenfeld
Stadträtin und Dezernentin der Stadt Frankfurt a.M., Dezernat VIII – Soziales, Senioren, Jugend und Recht

Prof. Dr. Peter Dehne
Professor für Planungsrecht/Baurecht an der Hochschule Neubrandenburg

Prof. em. Dr. Adalbert Evers
Centrum für soziale Investitionen und Innovationen (CSI) an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg

Prof. Dr. Brigitte Geißel
Professorin für Politikwissenschaften und politische Soziologie an der Goethe-Universität Frankfurt a.M.

Prof. Dr. Michael Hüther (stellvertretender Vorsitzender der Kommission)
Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW Köln)

Prof. Dr. Thomas Klie (Vorsitzender der Kommission)
Professor für öffentliches Recht und Verwaltungswissenschaften an der Evangelischen Hochschule Freiburg und Leiter des Zentrums für zivilgesellschaftliche Entwicklung (zze)

Prof. Dr. Renate Köcher
Geschäftsführerin des Instituts für Demoskopie Allensbach (IfD Allensbach)

Prof. Dr. Tilman Mayer
Professor für Politische Theorie, Ideen- und Zeitgeschichte am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Prof. Dr. Doris Rosenkranz
Professorin an der Fakultät Sozialwissenschaften der Technischen Hochschule Nürnberg

Prof. Dr. Martina Wegner
Professorin für die Organisation von Zukunftsdiskursen, Fakultät für angewandte Sozialwissenschaften an der Hochschule München
Abbildung 1:

Abbildung 2:

Abbildung 3:

Abbildung 4:

Tabellen 1 bis 4:
Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung; sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

**Herausgeber:**
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Referat Öffentlichkeitsarbeit
11018 Berlin
www.bmfsfj.de

**Bezugsstelle:**
Publikationsversand der Bundesregierung
Postfach 48 10 09
18132 Rostock
Tel.: 030 182722721
Fax: 030 18102722721
Gebärdentelefon: gebaerdentelefon@sip.bundesregierung.de
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
www.bmfsfj.de

Für weitere Fragen nutzen Sie unser Servicetelefon: 030 20179130
Montag–Donnerstag 9–18 Uhr
Fax: 030 18555-4400
E-Mail: info@bmfsfjservice.bund.de

Einheitliche Behördennummer: 115*
Zugang zum 115-Gebärdentelefon: 115@gebraerdentelefon.d115.de

**Artikelnummer:** 1BR51
**Stand:** November 2016, 1. Auflage
**Gestaltung:** www.avitamin.de
**Druck:** Silber Druck oHG, Niestetal

* Für allgemeine Fragen an alle Ämter und Behörden steht Ihnen auch die einheitliche Behördenrufnummer 115 von Montag bis Freitag zwischen 8.00 und 18.00 Uhr zur Verfügung. Diese erreichen Sie zurzeit in ausgesuchten Modellregionen wie Berlin, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen u.a. Weitere Informationen dazu finden Sie unter www.115.de.